

Aus dem Inhalt:

- 0 Energiekostenzuschuss
- 0 Rechnungsabschluss 2022
- 0 Internationaler Frauentag
- 0 Waffen liefern keinen Frieden!

Druck zahlt sich aus: Mietpreisbremse für Gemeindewohnungen

Aufgrund der massiven Teuerung hat die KPÖ in den letzten eineinhalb Jahren zweimal beantragt die Erhöhung der Mieten in den Gemeindewohnungen auszusetzen. Bisher wurde das von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Nun ist es zu einem Umdenken gekommen. Eine Mietpreisbremse konnte, gegen die Stimmen der ÖVP, im Gemeinderat beschlossen werden.

Bereits im Dezember 2021 haben wir beantragt die Erhöhung der Mieten in den Gemeindewohnungen auszusetzen. Im Jahr 2022 hat sich die Situation weiter verschärft. Die gewaltige Teuerung macht es für viele schwierig ihre monatlichen Kosten zu decken. Deshalb haben wir im Juni 2022 ein Teuerungspaket zur Unterstützung der KnittelfelderInnen beantragt, in dem auch eine Mietpreisbremse gefordert wurde.

Mietpreisbremse bis 2025 – ÖVP dagegen

Wir sind drangeblieben und die Preisentwicklung hat bei einigen zu einem Umdenken geführt. Der Gemeinderat hat eine Mietpreisbremse für die nächsten zwei Jahre beschlossen, nur die ÖVP stimmte dagegen.

2025 werden die Mieten in den Gemeindewohnungen die dem Kategoriemietzins (2,66 Euro/m²) unterliegen um maximal zwei Prozent pro Jahr steigen. Davon sind etwa 135 der rund 500 Gemeindewohnungen betroffen. Bei höheren Mieten und auch bei Neuvermietungen wird bis 2025 nicht erhöht.

Nur Gemeindewohnungen betroffen

Die Mietpreisbremse gilt leider nur für Gemeindewohnungen. Das zeigt wieder einmal wie wichtig es ist, dass die Gemeinden Wohnungen besitzen und wie falsch es ist Gemeindewohnungen zu verkaufen.

Bundesregierung versagt

Die Bundesregierung hätte die Möglichkeit gehabt die Erhöhung der Kategorie- und Richtwertmieten zu verhindern. Aber statt einer Mietpreisbremse gibt es einen Mietzuschuss, der die Erhöhung bei weitem nicht abdeckt und eine direkte Subvention auf das Konto der Vermieter ist. Hier hat vor allem die ÖVP gezeigt, dass sie auf der Seite der Hausherrn und Immobilienkonzerne steht. Mit der Ablehnung der Mietpreisbremse schlägt die Knittelfelder ÖVP in dieselbe Kerbe.



Seit Jahrzehnten sind die Wohnkosten in Österreich der größte Preistreiber. In keinem anderen EU-Land sind sie in den vergangenen Jahren so stark gestiegen, um über 40 Prozent in den letzten 12 Jahren. Die Löhne und Gehälter haben sich bei weitem nicht im selben Ausmaß erhöht. Auch die Wohnbeihilfe ist seit dem Jahr 2011(!) nicht angepasst worden.

Inflation erhöht Mieten – Mieten erhöhen Inflation

Die meisten Mieten werden mit der Inflation automatisch erhöht. Auch wenn das mit der tatsächlichen Kostenentwicklung beim Wohnraum nichts zu tun hat. Dadurch erhöhen sich die Gewinne der Immobilienkonzerne. Mieten sind allerdings auch ein Teil des Warenkorb zur Berechnung der Inflation. Höhere Mieten führen durch die automatische Inflationsanpassung also zu noch höheren Mieten.

Mietpreisbremsen in anderen Ländern
Einige Länder wie zum Beispiel Schweden, Frankreich und Belgien beschränken die Erhöhung der Mieten deutlich. So darf die Miete in Frankreich jährlich um maximal 2,5% steigen. In Schweden legen die Gemeinden die Mieten für die Gemeindewohnungen fest, private Vermieter dürfen diese nur um 5% überschreiten. Das zeigt dass es also sehr wohl möglich wäre gegen den Mietenwucher vorzugehen.

Der Rechnungsabschluss 2022: Mehr Ertragsanteile, weniger Investitionen

Auf den ersten Blick wirkt der Rechnungsabschluss für das letzte Jahr positiv. Bei genauerem Hinsehen werden die Punkte aber deutlich die dazu geführt haben dass die KPÖ gegen den Voranschlag 2022 gestimmt hat. Darum haben wir auch den Rechnungsabschluss abgelehnt.

Ergebnishaushalt, gerundet

Erträge:	38,83 Mio. Euro
Aufwendungen:	38,30 Mio. Euro
Entnahme	
Haushaltsrücklage:	3,8 Mio. Euro
Zuweisung	
Haushaltsrücklage:	2,72 Mio. Euro
Nettoergebnis nach	
Haushaltsrücklagen:	1,60 Mio. Euro

Weniger Investitionen



KPÖ-Stadtrat
Josef Meszlenyi

Ein Teil des positiven Ergebnisses ergibt sich daraus, dass um rund 1,5 Millionen Euro weniger investiert wurde als geplant. Teilweise wurden dringend notwendige Projekte, wie in der Straßensanierung nicht umgesetzt obwohl sie im Voranschlag vorgesehen gewesen waren. Ein weiterer Teil kommt aus der Entnahme von Rücklagen, welche im

Vorjahr um 1,24 Millionen zurückgegangen sind.

Gebühren- und Mietzinserhöhungen

Der Rechnungsabschluss beinhaltet die Mehreinnahmen die durch die automatische Anpassung der Gebühren entstanden sind. Die KPÖ lehnt die automatische Erhöhung der Gebühren ab. Wenn sie angepasst werden müssen, soll der Gemeinderat darüber diskutieren und entscheiden und nicht ein Index, der mit den tatsächlichen Kosten für zum Beispiel Kanal, Müll und Wasser wenig zu tun hat.

Die Mehreinnahmen bei den Mieten machen 2022 durch die zweimalige Mieterhöhung 90.000 Euro aus. Im Jahr 2021 betragen diese Mehreinnahmen nur rund 29.000 Euro. Diese Zahlen zeigen deutlich wie stark die Belastungen gestiegen sind. Wie berichtet hat die KPÖ bereits im Vorjahr beantragt diese Erhöhungen auszusetzen. Heuer wurde sowohl bei Gebühren und teilweise auch bei Mieten die Erhöhung ausgesetzt.

Personalarückgang

Deutlich zurückgegangen ist der Personalstand, von 249 auf 233 Dienstposten. 2021 gab es sogar noch 255 Planstellen. Unter anderem durch die Auslagerung von Reinigungsarbeiten an Privatfirmen zum Beispiel in der Kärntnerschule sind Arbeitsplätze verloren gegangen. Werden immer mehr Tätigkeiten an private Firmen abgegeben, gehen krisensichere Ge-

meindarbeitsplätze verloren. Die KPÖ lehnt diese Entwicklung ab.

Mehr Geld durch höhere Steuereinnahmen

Durch die enorme Teuerung sind im Vorjahr die Einnahmen des Staates bei den Steuern stark gestiegen. Das führt dazu, dass sich die Ertragsanteile (Anteil der Steuereinnahmen des Bundes, der an die Gemeinden weitergegeben wird) für die Gemeinden erhöht haben. 1,6 Millionen Euro mehr waren das für unsere Gemeindekasse. Ein Betrag der allerdings von den BürgerInnen selbst bezahlt wird und den Menschen im täglichen Leben fehlt.

Wegen der höheren Ertragsanteile muss die Stadtgemeinde 1,132 Mio. Euro an das Land als Landesumlage abgeben. Um rund 132.000 Euro mehr als vorgesehen. Wir fordern die Abschaffung dieser Umlage und eine Gleichbehandlung aller Bundesländer bei den Ertragsanteilen. Diese sind nämlich für Gemeinden in den westlichen Bundesländern deutlich höher als in der Steiermark.

Ausreichende Finanzierung durch Reichensteuer

Die Gemeinden brauchen eine ordentliche Finanzierung. Es kann aber nicht sein, dass wieder nur die arbeitenden Menschen über Konsumsteuern dafür aufkommen, während Reiche und Konzerne sich über Steuergeschenke freuen können. Damit die Gemeinden genug Geld bekommen um ihre Aufgaben für die Bevölkerung erfüllen zu können, braucht es Steuern auf Reichtum und Millionenerbschaften.

Ziegelstraße gefährlich für FußgängerInnen



Die Ziegelstraße wird von zahlreichen FußgängerInnen benutzt, auch um zum gegenüberliegenden Penny-Markt zu gelangen. Leider gibt es im Bereich hin zur Bundesstraße keinen Gehsteig oder andere Absicherungen für FußgängerInnen. Wir sind gebeten worden auf diese Gefahrenquelle aufmerksam zu machen. KPÖ-GR Sonja Karimi hat das im Gemeinderat angesprochen. Der Bürgermeister sagte eine Prüfung der Situation zu.

Energiekostenzuschuss der Gemeinde: Verbesserung und Ausgrenzung

Die Gemeinde vergibt einen jährlichen Energiekostenzuschuss von 150 Euro. Allerdings haben nur BezieherInnen von Sozialunterstützung, Mindestpension und Reha-Geld Anspruch darauf. Die Kosten des täglichen Lebens sind in den vergangenen Monaten massiv gestiegen. Die KPÖ hat sich deshalb dafür eingesetzt den Kreis bezugsberechtigter Personen auszuweiten. Im Dezember schien es noch so als ob die SPÖ unseren Vorschlag auf Anhebung der Bezugsgrenze auf die Armutsgefährdungsschwelle umsetzen wird. Nun folgte die Ernüchterung.



Nun wurden neue Richtlinien beschlossen die Verbesserungen vorsehen, aber weiterhin einen großen Kreis von Menschen vom Zuschuss ausschließen.

Die Bezugsgrenze wird auf die Armutsgefährdungsschwelle angehoben. Das ist positiv. Allerdings dürfen wie bisher nur PensionistInnen, BezieherInnen von Reha-Geld und Sozialunterstützung darum ansuchen. Außerdem kann der neue Energiekostenzuschuss erst ab Dezember beantragt werden.

Kein Zuschuss für AlleinerzieherInnen
Das bedeutet, dass viele Menschen die den Zuschuss dringend brauchen würden weiterhin davon ausgeschlossen sind. Das trifft zum Beispiel arbeitende Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, die oft auf Teilzeitarbeitsplätze angewiesen sind, oder arbeitslose Menschen.

Wir sind der Meinung damit werden wesentliche Teile der Bevölkerung ausgrenzt und eine willkürliche Trennlinie gezogen. Wir haben deshalb den Abänderungsantrag gestellt die Einkommensgrenze generell an die Armutsgefährdungsschwelle anzupassen. Das wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Was ist die Armutsgefährdungsschwelle?



Als armutsgefährdet gilt, wer mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Diese Einkommensgrenze wird Armutsgefähr-

dungsschwelle genannt. Derzeit liegt sie in Österreich bei 1.371 Euro monatlich für einen 1-Personen-Haushalt, bei 2.037 Euro für Ehepaare und Partnerschaften sowie 412 Euro zusätzlich für jedes Kind.

Allerdings gelten diese Beträge 12 mal im Jahr. Ein 13. und 14. Bezug wird also eingerechnet. Hier gelten 1.175 bzw. 1.746 Euro monatliches Nettoeinkommen als Grenzwert. Die Armutsgefährdungsschwelle wird jedes Jahr neu ermittelt, für 2023 liegen die Werte noch nicht vor. Für den Energiekostenzuschuss der Gemeinde werden dann die neuen höheren Richtwerte gelten.

Leben viele Gemeindebedienstete in Armut?

Die Vorsitzend des Sozialausschusses, Stadträtin Regina Biela erklärte es wären mehrfach Berechnungen angestellt worden. Allein von den Gemeindebediensteten wären dann ein Drittel anspruchsberechtigt und das sei nicht finanzierbar. Das würde bedeuten, dass ein Drittel der Gemeindebediensteten mit ihren PartnerInnen und Kindern in armutsgefährdeten Familien leben. Wenn dem ist, dann sind die Gemeindeverantwortlichen und der Betriebsrat dringend aufgefordert Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf dem Gemeindeamt zu setzen!

Noch im Dezember berichtete Bürgermeister Harald Bergmann, dass die Gemeinde vom Bund 100.000 Euro zusätzlich aus der Corona-Prämie bekommen werde. Diese Mittel könnten für den verbesserten Energiekostenzuschuss verwendet werden, so der Bürgermeister. Es ist uns unverständlich, dass nun wieder ein Modell beschlossen wurde das viele Menschen ausgrenzt. Auch unser Appell unseren Antrag für ein Jahr anzunehmen und sich dann die konkreten Zahlen anzusehen, verhallte ungehört.

Armut ist nicht teilbar

Wer ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle hat braucht dringend Unterstützung, egal ob PensionistIn, Alleinerziehende oder GeringverdienerInnen. Es ist das Politikmodell von ÖVP und FPÖ Menschen gegeneinander auszuspielen: MigrantInnen gegen Einheimische, PensionistInnen gegen Jugendliche, Arbeitslose gegen Beschäftigte. Dass die SPÖ in die selbe Kerbe schlägt und wesentliche Menschengruppen vom Energiekostenzuschuss ausschließt ist kein Ruhmesblatt für eine Sozialdemokratie.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Sonderförderung für Lebensmittelgeschäft



Die Räume des ehemaligen Billa am Hauptplatz sollen neu belebt werden.

Die Schließung des Billa am Hauptplatz hat die Nahversorgung in der Innenstadt verschlechtert. Die Inhaber der „Foodies Genussmanufaktur“ wollen die Räume neu beleben. Geplant sind ein Lebensmittelgeschäft, aber auch eine Kaffeerösterei und das Kochen von Speisen. Die Betreiber haben um eine Sonderförderung angesucht.

Einstimmig wurde die Subventionierung der Hälfte der Miete für drei Jahre beschlossen. Das sind 1.500 Euro pro Monat, also 18.000 Euro im Jahr. Die Förderung wird jede Jahr im Nachhinein ausbezahlt da die Gemeinde, so der Bürgermeister, nicht das wirtschaftliche Risiko tragen könne.

KPÖ-GR Renate Pacher erklärte, dass die KPÖ dem Antrag zwar zustimmen werde, aber gleichzeitig sehen wir auch eine Ungleichbehandlung anderer Geschäfte in der Innenstadt. Der Bioladen am Kapuzinerplatz oder das Anatolium in der Frauengasse haben keine Förderungen in diesem Ausmaß erhalten. Außerdem schaffe man nun einen Präzedenzfall. In Zukunft wird es schwerer werden Sonderförderungen abzulehnen.

Nachdem aber die positiven Aspekte überwiegen und das neue Geschäft wichtig für die Innenstadt ist haben wir zugestimmt. Wir wünschen den neuen Betreibern viel Erfolg.

Klimatickets für KnittelfelderInnen

Die KPÖ hat angeregt übertragbare Klimatickets anzuschaffen und den KnittelfelderInnen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Nun wurde beschlossen vier Klimatickets anzuschaffen. Damit können alle Züge, Busse und Straßenbahnen in der Steiermark gratis benutzt werden. Die Tickets können telefonisch oder per Mail auf der Gemeinde vorreserviert werden.

Die Benutzungsrichtlinien sahen vor, dass bei Ticketverlust das ganze Ticket im Wert von 568 Euro ersetzt werden muss. Wir haben angeregt dass in einem solchen Fall nur der Zeitwert des Tickets verrechnet wird. Diese Anregung wurde aufgegriffen.

Kindergarten Frühlingsgasse: Nun von privatem Betreiber geführt

Im Gemeinderat wurde beschlossen die Betriebsführung des Kindergartens in der Frühlingsgasse für ein Jahr an die Volkshilfe zu übergeben. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass es der Gemeinde nicht möglich sei genügend Personal zu finden. Wir halten das für den falschen Weg und haben dem Antrag nicht zugestimmt.

Kindergärten sind, wie die Schulen, wichtige Bildungseinrichtungen und ein wesentliches Element der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Abgabe der Betriebsführung an einen privaten Verein ist - wie leider in so vielen öffentlichen Bereichen - ein Schritt in Richtung Privatisierung. Außerdem werden nun in einem Kindergarten Gemeindebedienstete und Beschäftigte der Volkshilfe mit unterschiedlichen Gehältern dieselbe Arbeit verrichten.

Warum findet die Volkshilfe Personal?

Der Personalmangel ist ein Problem. Aber diese Situation ist nicht neu. Seit vielen Jahren schlagen der Berufsverband der KindergartenpädagogInnen und auch die KPÖ Alarm und fordern verbesserte Arbeitsbedingungen. Wie in der Pflege sind auch hier die Warnungen und Forderungen jahrelang von den politisch Verantwortlichen ignoriert worden. Es stellt sich außerdem die Frage warum die Volkshilfe Personal findet und die Gemeinde nicht?

Es ist die Aufgabe von Land und Gemeinden Wege zu finden um attraktive Arbeitsplätze zu schaffen. Das darf auch etwas kosten. Hier geht es um die Kinder und die sind - wie in zahlreichen Reden immer wieder betont - das Wichtigste und die Zukunft.

Kindergärten sind viel mehr als nur ein Kostenfaktor. Mit der Vergabe an die Volkshilfe ist man den einfachsten Weg gegangen. Man könnte z.B. auch Personalpools schaffen an denen sich mehrere Gemeinden beteiligen und so die Planung erleichtern.

Die Übergabe für vorerst ein Jahr ist wohl eher eine Beruhigungsspielle. Wenn man es ernst meint müsste bereits jetzt intensiv an Konzepten gearbeitet werden wie man den Kindergarten nach dem einen Jahr wieder durch die Gemeinde führen kann.

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

KPÖ-Parteiheim, Friedensstraße 10, ab 18.00 Uhr

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus



KPÖ unterstützt MurtalerInnen

KPÖ-Sozialfonds 2022: 10.699 Euro für Menschen in Notlagen

Im Jahr 2022 konnte mehr Menschen als in den Jahren davor geholfen werden. Aus dem KPÖ-Sozialfonds, in den die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg einen großen Teil ihres Einkommens einzahlen, konnten erstmals über 10.000 Euro ausbezahlt werden.

„Das hört sich auf den ersten Blick positiv an, lieber wäre uns aber wenn weniger Menschen auf Unterstützung angewiesen wären. Aber das Gegenteil ist der Fall.“ So **Karin Gruber**, Sozialarbeiterin im KPÖ-Landtagsklub, die gemeinsam mit Stadtrat **Josef Meszlenyi** die Sozialberatungen im Bezirk durchführt.

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind liefern sie einen beträchtlichen Teil in den KPÖ-Sozialfonds ab. Für KPÖ-MandatarInnen gibt es eine Einkommensgrenze von 2.500 Euro.

Mit den eingezahlten Geldern werden Menschen in Notlagen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder in einer Pressekonferenz offen.

Im Vorjahr war die Corona-Krise weitgehend beendet, viele Menschen haben sich Erleichterung erhofft. Gekommen ist mit dem Krieg in der Ukraine und den Sanktionen aber eine Welle der Inflation, insbesondere im Energiebereich. Aber auch die Kosten für Lebensmittel und andere Produkte des täglichen Bedarfs sind in ungekannte Höhen gestiegen.

„**Viele** Menschen waren mit ihrem Einkommen schon zuvor am Limit. MindestpensionistInnen, arbeitende Menschen mit geringem Einkommen, Menschen die auf Sozialleistungen angewiesen sind, Alleinerziehende Mütter, sie alle müssen einen großen Teil ihres Einkommens eben für jene Dinge ausgeben, die am stärksten verteuert wurden. Für sie geht sich die Rechnung schlicht nicht mehr aus“, beschreibt Josef Meszlenyi die Situation.

Aber auch viele Menschen mit mittleren Einkommen haben zu kämpfen. Besonders unerwartete, notwendige Investitionen, zum Beispiel Autoreparaturen oder eine neue Waschmaschine bringen die Menschen in Schwierigkeiten. Dazu kommen hohe Nachzahlungen bei Strom und Heizung.



Stadtrat Josef Meszlenyi, GR Renate Pacher und DSA Karin Gruber

„**Unsere** Unterstützung ist, das muss man auch betonen, nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Notwendig wären politische Maßnahmen und dafür setzen wir uns auch auf allen Ebenen ein. Für Leistungen wie die Wohnungsunterstützung, braucht es endlich eine Erhöhung, dass ist seit vielen Jahren nicht passiert und die Wohnkosten sind ein wesentlicher Preistreiber.“ fordert Gemeinderätin Renate Pacher.

Am wichtigsten sind Mindestlöhne und -gehälter, von denen alle Menschen gut leben können.

Die nächsten Gemeinderatssitzungen:

**Mo. 8. Mai, Mo. 26. Juni,
Mo. 25. Sept., Mo. 11. Dez.**

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von den BürgerInnen besucht werden.

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT05 2081 5260 0000 0617

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-StR. Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

Mi. 26.4.2023

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 10.00 bis 12.00 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



8. März: Internationaler Frauentag

Den Internationalen Frauentag gibt es seit über 100 Jahren. Vieles wurde bereits erreicht, um viele andere Dinge muss aber noch gerungen werden. Die KPÖ hat Nelken verteilt und ein Fest veranstaltet. „Karacho mit Kirsche“ sorgte für gute Unterhaltung, Anne Rieger, die Vorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen (BDF) hielt die Festrede. Hier ein Auszug aus dieser Rede:



Wir wollen eine andere Welt!

Liebe Frauen, liebe Gäste!

Zum Frauentag möchte ich euch für einen Augenblick in die Welt entführen, wie sie aus unserer Sicht einmal aussehen soll: Ein Blick in unsere Zukunft, so wie wir sie uns vorstellen:

Wir haben dann Zeit für die Dinge, die uns wichtig sind im Leben denn wir brauchen weit weniger Stunden für einen Vollzeit-Job zu arbeiten als bisher, etwa nur 20 Stunden pro Woche!

Deswegen gibt es dann auch keine erwerbslosen Menschen mehr, die Erwerbsarbeit wird auf alle verteilt. Überstunden und Schichtarbeit wird nur noch in systemrelevanten Bereichen erfolgen. Die Wertschöpfung, also der von uns erarbeitete Mehrwert, wird zugunsten der großen Mehrheit der Menschen verwendet und nicht zur Profitvermehrung einiger Weniger. Deshalb erhalten wir alle für unsere geleistete Arbeit einen entsprechenden Gegenwert von dem wir gut leben können - und unsere Bedürfnisse nach Wohnung, Bildung, Kleidung, Kultur und Selbstverwirklichung befriedigen können.

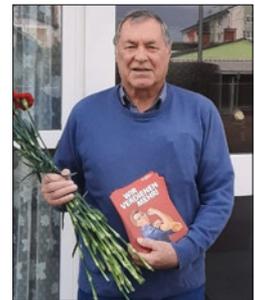
Dienstleistungsarbeit wird gleichwertig wie Arbeit in der Industrie bewertet und bezahlt. Es gibt keine sogenannten frauen- oder männertypischen Berufe mehr. Was allein zählt ist fachliche Qualifikation, soziale Kompetenz und Teamfähigkeit. Frauen besetzen Führungspositionen auf allen Ebenen genauso häufig wie Männer.

Alle Menschen haben die gleichen kostenlosen Bildungschancen. Auf unsere Unterschiedlichkeit wird Rücksicht genommen. Bei Krankheit und im Alter sind wir finanziell und sozial abgesichert.

Bei Kindererziehung, Pflege, Krankenversorgung, Bildung, Essens- und Haushaltsversorgung werden hochqualifizierte und gut bezahlte Fachkräfte in ausreichender Zahl eingesetzt und von Steuergeldern finanziert. Verbleibende Rest-Arbeiten im Haushalt werden solidarisch gleichmäßig aufgeteilt.

Unsere Verkehrsmittel bewegen sich ohne Lärm, und CO₂ Ausstoß. Wir können uns schadstofffrei ernähren. Wir gehen mit unseren Ressourcen schonend um, unsere Umwelt wird nicht dem Profit geopfert.

Es gibt keine flüchtender Menschen mehr, weder vor Krieg, Verfolgung, Hunger, noch aus direkter finanzieller Not. Es wird überall gesunde, würdevolle aus-



reichend bezahlte Lebensmöglichkeiten geben. Humanistische Einstellungen sind die vorherrschenden Werte. Gewalt gegen Kinder, Frauen, Minderheiten und andere Nationalitäten ist ausgerottet.

Und - wir leben in Frieden als gleichberechtigte Völker zusammen. Vernichtungswaffen werden nicht mehr produziert, noch vorhandene werden vernichtet militarisierte Außenpolitik gehört ebenso der Vergangenheit an wie staatliche Repression gegen Opponenten. Wir leben in einer demokratischen, gleichberechtigten Kultur, in der unsere Vorschläge gehört, aufgenommen und umgesetzt werden. **In so einer großartigen Welt wollen wir leben!**

Offensichtlich ist, dass die herrschenden kapitalistischen Machtverhältnisse und die dadurch dominierte Politik nicht hin zu solch einer gleichberechtigten, antifaschistischen, friedlichen, demokratischen Gesellschaft führen, sondern in die entgegengesetzte Richtung: Mehr Spaltung unter den Menschen, den Geschlechtern, den Nationen wird forciert.

Das müssen wir stoppen und in unsere gewünschte Richtung lenken. Denn Politik ist kein Naturereignis. Sie wird von Menschen gemacht und deswegen können auch wir Menschen sie gemeinsam und organisiert in eine andere Richtung lenken. Deswegen haben wir uns im BDF, in der KPO zusammengeschlossen.

Damit wir diese Politik stoppen, die gegen uns gerichtet ist, dass wir sie gar umdrehen, schöpfen wir am Internationalen Frauentag Mut um weiter gemeinsam, organisiert für unserer Interessen zu kämpfen. Lasst uns gemeinsam unwiderstehlich sein! Lasst uns weiter für Neutralität, Frieden und ein gleiches gutes Leben für alle Menschen kämpfen!



Waffen liefern keinen Frieden!

Vor einem Jahr hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen. Damit wurde der seit 2014 in der Ostukraine schwelende militärische Konflikt auf eine neue Stufe gehoben.

Die KPÖ Steiermark hat den Einmarsch Russlands in die Ukraine von Beginn an in aller Deutlichkeit verurteilt. Wie jeder Angriffskrieg ist die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine ein Bruch des Völkerrechts und durch nichts zu rechtfertigen.

Mit großer Sorge sehen wir, dass auch im Westen die herrschenden Kreise auf eine Eskalation des Krieges setzen. Seit vielen Monaten werden von den NATO-Staaten unter Führung der USA milliardenschwere Waffensysteme und Munition in die Ukraine geliefert.

Stoppt den Krieg!

Mit jedem Tag, den dieser Krieg andauert, sterben unzählige Menschen, wird das Land zerstört, nehmen Hass, Brutalität und Kriegsverbrechen zu. Millionen UkrainerInnen mussten bereits vor diesem Krieg fliehen, Kinder verlieren ihre Eltern, Familien trauern um ihre Angehörigen, Menschen werden verwundet und traumatisiert. Viele verlieren ihr Hab und Gut und alles, was sie sich ihr Leben lang aufgebaut haben.

Der Einsatz immer schwererer Waffensysteme erhöht die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation und die Verwicklung weiterer Staaten in kriegerische Auseinandersetzungen – mit unabsehbaren Folgen bis hin zum Einsatz von Atomwaffen.

Weder Putin noch NATO!

Brandgefährlich ist, dass sich die Regierenden vieler westlicher Staaten mehr und mehr als Kriegspartei verstehen. In den USA, den NATO-Staaten, in der EU und auch in Österreich findet eine massive Aufrüstung statt. In Österreich wird der Krieg in der Ukraine auch als Vorwand genommen, um unsere Neutralität auszuhöhlen oder ganz in Frage zu stellen. Mit der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung stellen wir uns ganz deutlich gegen jegliche Versuche, die Neutralität aufzuweichen und unser Land in Militärbündnisse zu führen.

Der auf dem Gebiet der Ukraine ausgetragene Krieg droht mehr und mehr zu einem Stellvertreter-Krieg zwischen Russland und den NATO-Staaten zu werden. Wie in jedem Krieg geht es dabei um das mörderische Ringen um Einflussphären, um die Profite des Kapitals und der Rüstungsindustrie in Ost und West, sowie um geopolitische Interessen.

Im Interesse der Menschheit muss es die erste Aufgabe sein, den Krieg in der Ukraine wie jeden Krieg so rasch wie möglich zu beenden. Dass eine so einfache wie einleuchtende Feststellung heute immer öfter auf wütenden Widerspruch der herrschenden Meinungsmacher stößt, zeigt, wie gefährlich weit die Kriegslogik bereits fortgeschritten ist. Es ist dringend an der Zeit, dass wir aus der militärischen Logik und der Rüstungspirale ausbrechen.



Am 23. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Knittelfelds, hat die KPÖ eine Mahnwache für den Frieden am Knittelfelder Hauptplatz durchgeführt.

Gemeinsam mit der Friedensbewegung in allen Ländern fordern wir daher militärische Abrüstung, Deeskalation und Verhandlungen für einen Waffenstillstand und Frieden. Kriege nützen immer nur den Reichen und Herrschenden. Wir stehen nicht auf der Seite der Mächtigen und Kriegsherren, weder auf der Seite Putins noch der NATO. Wir stehen als Friedenspartei auf der Seite der Menschen in der Ukraine und der arbeitenden Menschen in allen Ländern.

Geld für Rüstung fehlt bei Gesundheit, Bildung oder Wohnen!

Wer auch immer auf dem Schlachtfeld gewinnen wird, die Verlierer stehen bereits jetzt fest: Es sind zuallererst die Menschen in jenen Ländern, in denen diese Kriege ausgetragen werden. In weiterer Folge verliert auch die Bevölkerung in allen Ländern, die von Aufrüstung und Militarisierung erfasst werden. Jeder Euro, der jetzt zusätzlich in die Rüstung fließt, fehlt bitter, wenn es um Soziales, Gesundheit, Wohnen oder Bildung geht.

Österreichs Neutralität neu beleben!

Gemeinsam mit allen Menschen, die sich für Frieden und Solidarität einsetzen, wollen wir aus der militärischen Eskalationsspirale ausbrechen. Wir wollen Druck von unten aufbauen, dass Krieg in keinem Land ein Mittel der Konfliktaustragung sein darf und alle Bemühungen unternommen werden, den Krieg in der Ukraine unverzüglich zu stoppen und das Leid der Menschen zu lindern.

In diesem Sinne treten wir dafür ein, dass die verfassungsmäßig verankerte, immerwährende Neutralität Österreichs neu belebt wird. Österreich hat eine lange Tradition einer vermittelnden Außenpolitik, die einen Beitrag dazu leisten kann, diesen brandgefährlichen und mörderischen Krieg zu beenden und eine neue Friedensordnung zu schaffen.

**Für ein Ringen nach Lösungen statt Eskalation!
Für Abrüstung und Neutralität!
Die Waffen nieder!**



Mit der KPÖ für Frieden und ein leistbares Leben demonstrieren!

In Frankreich gehen Millionen Menschen auf die Straße. In Deutschland wurde gestreikt. Es ist hoch an der Zeit dass sich auch bei uns etwas bewegt!

Seit 133 Jahren wird in aller Welt der 1. Mai als Tag der Solidarität und der Widerständigkeit von unten begangen. Dieser Tag ist für uns ein Symbol für soziale Gerechtigkeit, bessere Arbeitsbedingungen, ein leistbares Leben und Frieden für alle Menschen. Heute ist es notwendiger denn je, dafür auf die Straße zu gehen.



Der Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise; Pandemie, Krieg und Banken-Krisen verschärfen diese täglich weiter. Für viele wird es immer schwieriger, die Kosten des täglichen Lebens zu tragen, während die Profite der Konzerne und Superreichen ins Unermessliche steigen.

Wohnen darf nicht arm machen!

Die steigenden Wohnkosten stellen immer mehr Menschen vor existenzielle Probleme. Miete, Heizung, Strom und Betriebskosten: eine Teuerung folgt auf die nächste. Leistbares Wohnen ist ein Eckpfeiler einer sozial gerechten Gesellschaft. Gleichzeitig sind die steigenden Wohnkosten ein Hauptpreistreiber. Darum braucht es Druck von unten für Mietobergrenzen für alle Wohnungen und eine Ausweitung der Wohnunterstützung.

Für gute Pflege!

Ausgebrannte Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, wegen Personalmangel leerstehende Betten und fehlende Ausbildungsplätze zeigen, dass im Gesundheitswesen dringender Handlungsbedarf besteht. Die Verantwortlichen in der Landes- und der Bundesregierung wissen seit vielen Jahren um die zahlreichen und schwerwiegenden Probleme – doch es fehlt an entschlossenen Taten! Jede und jeder von uns kann jederzeit in die Situation kommen, im Krankenhaus oder auch in einer Pflegeeinrichtung auf die bestmögliche Hilfe angewiesen zu sein. Um diese gewährleisten zu können, brauchen die Pflege-Beschäftigten endlich konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, bessere Gehälter und mehr Ausbildungsplätze. Auch dafür gehen wir am 1. Mai auf die Straße!

Gemeinsam für ein leistbares Leben!

Die Inflation erreicht Rekordwerte. Die Lohnerhöhungen bleiben zurück, während die Gewinne der Konzerne immer weiter steigen, auch weil sie die Preise immer weiter in die Höhe treiben. Doch steigende Preise sind kein Naturgesetz. Es braucht dringend Regulierungen für die Preise von Energie und Grundnahrungsmittel. Auch dafür gehen wir auf die Straße!

Frieden und Neutralität

Der Krieg in der Ukraine geht unvermindert weiter, er bringt Zerstörung und Tod, er zwingt Millionen zur Flucht und verschärft Hunger und Elend in vielen Teilen der Welt. Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine wird in den Ländern der NATO und der EU mit massiver Aufrüstung beantwortet. Alle Seiten drehen an der Eskalationsspirale, bis hin zur Gefahr eines Atomkrieges.

Auch Österreich rüstet auf, beteiligt sich an der Militarisierung der EU und trägt Sanktionen mit, die nicht geeignet sind, den Krieg zu verkürzen, aber Teuerung und Not in allen Ländern verstärken. Das neutrale Österreich hätte aber die Aufgabe, sich für Verhandlungen stark zu machen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden und eine neue Friedensordnung in Europa zu entwickeln. Wir stehen auf gegen den Krieg als Mittel der Politik, für Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt.

Gemeinsam können wir etwas ändern!

Machen wir den 1. Mai in Graz zu einem Zeichen der Hoffnung auf Veränderung, einem Zeichen gegen Armut und Ausbeutung, gegen Kriegspolitik und Aufrüstung, gegen die Aushöhlung unserer Neutralität, gegen Umweltzerstörung und für eine Welt der Solidarität, Gleichberechtigung, des Friedens und des Sozialismus.

Wir laden alle Menschen ein sich bei der gemeinsamen Demonstration am 1. Mai mit uns für leistbares Wohnen, höhere Löhne und Gehälter, ein solidarisches Gesundheitswesen und kostenlose gute Bildung, für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte genießen und für Frieden ohne Waffen einzusetzen.



**Wir fahren am 1. Mai mit dem Bus nach Graz und laden herzlich zum Mitfahren ein!
Die Busfahrt ist gratis!**

**Anmeldung und Auskunft:
KPÖ-Knittelfeld, Tel.: 03512/82240
E-Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at**